

(Abgeordneter Dr. Kaiser.)

A) Ich brauche deswegen auf das Staatsgrundgesetz nicht weiter einzugehen; ich darf nur noch darauf hinweisen, daß wir alle die Bedenken, die wir gegen die neue Fassung haben, zurückgestellt haben, um zu ermöglichen, daß das Staatsgrundgesetz nach Möglichkeit einstimmig in dieser Volkskammer beschlossen wird, und daß dadurch der Beschluß der Volkskammer auch nach außen hin eine machtvolle Kundgebung dafür ist, daß das gesamte sächsische Volk sich auf den Boden dieser neuen Verhältnisse stellen und geordnete Zustände schaffen will.

Wir sind dabei, wie ich sagte, so weit gegangen, daß wir alle Bedenken zurückgestellt haben, und zwar gehen wir bei unserer Auffassung über diese Staatsgrundgesetzfragen bis an die Grenze der Möglichkeit. Die Grenze der Möglichkeit aber ist für uns überschritten mit der Resolution, die Ihnen gleichzeitig mit diesem Gesetz von den beiden sozialdemokratischen Fraktionen dieses Hauses vorgelegt wird. Ich habe Ihnen in kurzen Worten zu begründen, warum wir dieser Resolution, die gleichzeitig mit der Verfassung hinausgehen soll, nicht zustimmen können.

Es erübrigt sich selbstverständlich, über den Wert oder Unwert der Sozialisierung zu sprechen; das hat heute keinen Zweck. Wenn ich hier etwas sagen will, so möchte ich nur beleuchten, welche politischen Folgen im Augenblick die Annahme dieses Beschlusses nach außen hin haben wird, und daß es doch bedenklich ist, wenn wir unsere neue Zeit, die wir beginnen wollen, von vornherein mit solchen Grundfäßen belasten, die, wie ich überzeugt bin, sehr bald als lästige Fesseln für die weitere Entwicklung empfunden werden. Ich möchte Sie zunächst auf das eine hinweisen.

Sie wissen alle, daß wir in Sachsen mit der Industrie stehen und fallen; und da ist doch das Bedenken groß, daß in dem Augenblick, in dem Sachsen als erster Freistaat des Reiches sich auf dieses rein sozialistische Programm, und zwar extrem-sozialistische Programm, bindet, die Industrie Sachsens in ihrer Beunruhigung, die dadurch herbeigeführt wird, sich von dem Sachsen abwendet, in dem sie eine weitere Entwicklungsmöglichkeit nicht hat. Diese Gefahr liegt nahe. Es ist bereits unter dem alten Regime des öfteren vorgekommen, daß die Industrie Sachsens sich abgewendet hat, es ist auch im Kriege diese Bahn weiter beschritten worden, weil wir in Sachsen nicht genügend Nachmittel hatten, um unsere Industrie gerade im Verhältnis zum Reiche zu schützen. Wollen Sie nun heute mit diesem Beschluß abermals unseren Unternehmern, nicht bloß den Großunternehmern, sondern auch der kleinen und mittleren Industrie, durch die Sachsen groß geworden ist, aufs neue sagen: ihr

habt in Sachsen die ersten sozialistischen Experimente auszubaden, mit dem Endziel, daß die ganze Produktion euch weggenommen wird! so können Sie überzeugt sein, daß wir nicht mehr aufbauen können in der Industrie, sondern daß wir die letzten Trümmer vernichten, die noch aus der Kriegszeit übriggeblieben sind. Das sollte Ihnen doch etwas zu denken geben, auch deswegen, weil ich nicht anerkennen kann, daß es notwendig ist, gerade in diesem Augenblicke mit dieser Resolution herauszukommen. Sie haben ja die Mehrheit, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, Sie können ja die Regierung nach jeder Richtung hin beeinflussen, soweit nicht den Gedanken anderer Parteien kraft ihres Gewichtes Rechnung zu tragen ist, Sie haben also die Möglichkeit, auch ohne dies dahin zu wirken, daß die sächsische Regierungspolitik von sozialistischem Geiste getragen wird; aber stellen Sie nicht von vornherein eine solche Forderung auf, die in der Tat geeignet ist, unser schwer darniederliegendes industrielles und wirtschaftliches Leben weiter zu lähmen. Das bezieht sich nicht nur auf die Industrie, sondern auch auf den Handel. Gerade die Abgeordneten aus Leipzig, die noch in der Hauptsache diesen scharfen Standpunkt vertreten, d. h. die Herren der Unabhängigen Sozialdemokratie aus Leipzig, die jetzt der ganzen Strömung ihren Stempel aufgedrückt haben, sollten daran denken: Was wird aus Leipzigs Handel, wenn wir in Sachsen mit der Sozialisierung beginnen? Wir haben dringend nötig, daß wir jeden Geschäftszweig aufrechterhalten, der uns nur einigermaßen in der Welt Geld erwerben kann, der uns ermöglicht, Geschäftsverbindungen nach dem Auslande zu pflegen. Denken Sie an den Leipziger Buchhandel! Was soll werden, wenn der Leipziger Buchhandel vor die Notwendigkeit gestellt wird, die gesamten Betriebe zu sozialisieren? Es geht nicht nur Leipzig, sondern auch allen anderen Städten so. Auch Dresden ist auf das schwerste betroffen; wir haben auch unsere Eigentümlichkeiten. Denken Sie an den Tabakhandel und an die Zigarettenfabrikation; gerade diese Industriezweige werden in der Lage sein, das Wirtschaftsleben mit aufzubauen. Deshalb warnen wir davor, jetzt mit dieser Proklamation herauszutreten.

Das zweite Bedenken ist das: wir streben danach, daß wir nach Möglichkeit unserem Sachsen noch andere Gebiete angliedern, sei es, wie die Herren von der äußersten Linken wollen, daß wir aufgehen in dem größeren Bezirk, oder sei es, wie das von anderer Seite gewünscht wird, daß wir Gebiete hereinbekommen, die wirtschaftlich mit uns zusammenhängen und die uns wirtschaftlich nötig sind. Glauben Sie, daß die Verhandlungen dadurch erleichtert werden, daß Sie Sachsen